

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität – Direkte Demokratie – Eigenstaatlichkeit.

Neutrales Freies Österreich
www.nfoe.at
01-03/2008 / Nr. 20



EU-VERTRAG OHNE ZUSTIMMUNG DURCH DAS VOLK, IST VERRAT!

Liebe Leser !

Wenige Wochen vor dem angekündigten Parlamentsbeschluß, – dieser droht am 9. April gefasst zu werden – brennt der Hut. Jetzt geht es um die ernsteste aller politischen Fragen, **um das staatspolitische Sein oder Nicht-Sein der Republik Österreich.** Wollen wir, dass der dem österreichischen Volk Fesseln-anlegende Lisabon-Vertrag (**EU-Verfassung durch die Hintertür!**) in Kraft tritt oder dass die österreichische Bundesverfassung das oberste Gesetzeswerk bleibt? Woher wir dies mit Sicherheit so sagen können?

Es wird in der 17. Erklärung zum Vorrang dieses EU-Vertrages (er wurde zweigeteilt) unmißverständlich darauf hingewiesen, dass **„...diese Verträge und das von der Union auf der Grundlage dieser Verträge gesetzte Recht Vorrang vor dem Recht der Mitgliedstaaten haben.“**

Was es an bisherigen Widerstandskaktionen gegeben hat, zeigte keine Wirkung, deshalb wollen wir zum „letzten“ demokratischen Mittel greifen, zur Versammlung auf öffentlichen Plätzen, besser bekannt als **„Demonstration“**.

Wie wir alle wissen, ist die Wirkung solch einer Demonstration in hohem Maße von der Teilnehmerzahl abhängig. Daher haben wir uns entschlossen, eine überparteiliche Plattform bestehend aus möglichst vielen gleichgesinnten Organisationen zu gründen, die ausschließlich das sachliche Ziel der Durchsetzung einer Volksabstimmung zum Lisabon-Vertrag verfolgen soll. Ich darf mit Freude berichten, dass inzwischen 11 Organisationen diese überparteiliche Plattform bilden und sich mit großem Elan für die Zielsetzungen der **Demo am 29. März in Wien** einsetzen wollen.

Als Plattform-Name wurde **„NEUTRALITÄT RETTEN: NEIN ZUM EU-VERTRAG!“** gewählt.

Jetzt kommt es darauf an, diese Protest-Veranstaltung allen Bürgern und Bürgerinnen bekannt zu machen und ihnen eine Teilnahme zu ermöglichen. Gemeinsame Bahn- oder Bus-Fahrten sind besonders zu empfehlen. Auf der letzten Seite dieses Nachrichtenblattes können Sie, geschätzte Leserinnen und Leser alle wichtigen Informationen zur Protestkundgebung erfahren. **Scheu-**



L.Ozegovic

en Sie bitte nicht die Mühen, die mit einer Teilnahme verbunden sind! Österreich braucht ein überzeugendes Signal von uns allen. Wer den Aufwand der NFÖ für diese Veranstaltung auch finanziell unterstützen kann, vermerke das bitte auf dem beigefügten Erlagschein. Ich danke im Voraus sehr herzlich dafür.

Ihr Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli
Bundesobmann

Inhalt:

- Demonstration - Infos Seite 1/2
- Lissabon-Vertrag Seite 2
- Tschad-Krieg Seite 2/3
- Neutralität Seite 3
- Anerkennung d. Kosovo Seite 4
- Kriegseinsatz – Tschad Seite 4
- Irland, PANA Seite 5
- Positives, Erfreuliches Seite 4/5
- Demo-Aufruf & Infos Seite 6
- Impressum Seite 6

*„Zweifle nie daran, dass eine kleine Gruppe
überzeugter Menschen die Welt verändern kann.
In Wirklichkeit ist es das Einzige, was sie je verändert hat.“*

(Margaret Mead, 1901 –1978)

Parlamentsauflösung – wie es tatsächlich gemeint war

Im letzten Nachrichtenblatt wurde auf Seite 2 ein offener, privat signierter Brief von DI. Max Ortner an den Bundespräsidenten Dr. Fischer abgedruckt. Seine aus dem Gefühl der Ohnmacht entstandene Forderung nach Auflösung des Parlaments, war nicht für alle Leser frei von Missverständnissen. Wir kommen daher gerne dem Wunsch nach, die Aussagen von Max Ortner entsprechend seiner präzisierten Klarstellung, abzudrucken. Herr Ortner betonte, dass ihm die

Notwendigkeit eines Parlaments, als Organ des Volkes, vertreten durch die Abgeordneten sehr wohl bewusst ist. Ein Pseudo-Parlament allerdings, das sich vom Volk und seinem Mehrheitswillen entfernt hat bzw. sich dem Willen fremder Institutionen (z.B. EU, WTO, NATO) beugt, wie das österreichische in der derzeitigen Situation rund um die Ratifizierungsabsichten des Lissabon-Vertrages, verliert den ihm grundsätzlich zustehenden Respekt. Was er mit „Auflösung des Parlaments“ um-

schrieben hat, betraf die „Auflösung des Nationalrates“, im Sinne vorgezogener Neuwahlen, die wiederum nur auf Vorschlag der Bundesregierung verfassungsgemäß ablaufen kann.

Die Redaktion dankt Herrn Dipl.-Ing. Max Ortner für diese Klarstellung.



BK Gusenbauer entscheidet gegen das österreichische Volk



Helmut Schramm,
Wien

Vom österreichischen (!) Bundeskanzler Alfred Gusenbauer ist zu hören, dass die EU-Vertrags-Veränderungen zu einer Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger und zu einer stärkeren demokratischen Legitimation der EU beitragen werden. „Die EU werde durch den Lissabon-Vertrag stärker parlamentarisiert und demokratisiert.“ Dagegen sprachen die Professoren

Hollaender, Klecatsky und Schachtschneider von der unbedingten Notwendigkeit einer österreichischen Volksabstimmung über den neuen EU-Vertrag. Alle drei Experten sind sich einig, dass der Reformvertrag die EU zu einem **Bundesstaat** machen werde.

Die Österreicher haben aber 1994 einem anderen Vertrag zugestimmt.

Prof. Adrian Hollaender schreibt: „Aus verfassungsrechtlichen, staatsrechtlichen und demokratierechtlichen Gründen erscheint es unabdinglich, die aktuell durch den EU-Reformver-

trag bevorstehende Änderung der österreichischen Bundesverfassung einer Abstimmung durch das gesamte abstimmungsberechtigte, österreichische Bundesvolk zu unterziehen. Die Unterlassung einer solchen Volksabstimmung wäre eine derart offenkundige und schwerwiegende Verfassungsverletzung, dass der Bundespräsident eine allfällige Beurkundung zu verweigern hätte.“

*Wäre es nicht eine Selbstverständlichkeit, dass sich ein **österreichischer** Bundeskanzler im Zweifelsfall für die Interessen des **österreichischen** Volkes entscheidet?*

Österreichische Soldaten im Tschad – die neuen Fremdenlegionäre Frankreichs ?

Zum „humanitären Einsatz“ losgeschickt, im Krieg angekommen. So könnte man die derzeitige Beteiligung des österreichischen Bundesheeres an den politischen und militärischen Auseinandersetzungen im zentralafrikanischen Tschad beschreiben. Die Entscheidungsträger in Brüssel, Paris und Wien wussten, was sie der Öffentlichkeit verschwiegen: Das Militär ist zur Lösung von Versorgungs-, Unterkunfts-, medizinischen und sanitären Problemen in Krisenregionen mit Flüchtlingsströmen **denkbar ungeeignet**. Nach übereinstimmender Erkenntnis erfahrenen Personals, z. B. „Ärzte ohne Grenzen“, vermindert die Anwesenheit von Militär in der Regel Qualität und Quantität der Hilfsleistungen. Es ist damit auch ein erhöhtes Sicherheitsrisiko für Helfer

und Betreute verbunden, die durch die Anwesenheit des Militärs sehr leicht in kriegerische Auseinandersetzungen geraten können. Der tschadische Präsident Deby unterhält **eines der korruptesten Regime der Welt**, das sich von der „westlichen Wertegemeinschaft“ die Taschen füllen lässt und durch die militärische Präsenz der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich am Leben erhalten wird. Die nunmehr ins Land geschleusten Soldaten der EUFOR-Mission werden als Handlanger Frankreichs zur Unterstützung dieses problematischen Regimes, seines Militärs und seiner Polizei wahrgenommen, was sie in Wirklichkeit auch sind. Frankreich ist es offenbar gelungen, die EU vor seine eigenen, nationalen Interessen zu spannen.

Deshalb beschleunigte die Kunde vom geplanten Einsatz der EU-Soldaten im Tschad das Vorrücken der „Rebellen“ (was auch immer das sein soll) auf die Hauptstadt des Landes. Damit aber haben die Verantwortlichen der dilettantisch vorbereiteten und mit schlechter Ausrüstung durchgeführten EUFOR-Mission wohl nicht gerechnet. **Diese hat somit bislang die Krise dieses geplagten Landes, eines der ärmsten der Welt, nur verschärft.**



Neutralitäts-Ansteckknopf der ARGE
Ja zur Umwelt,
nein zur Atomenergie; Entwurf: Christiane Schmutterer

Worum geht es also wirklich?

Es geht nicht um **ideelle Werte**, wie uns immer vorgegaukelt wird. Die wahren Interessen sind vielmehr sehr materieller Art.

1. Sie liegen im vermuteten und tatsächlichen **Ölreichtum** sowohl des Tschads als auch des benachbarten Sudans. Die EU will sich neben den Großmächten USA und China, das in dieser Region sehr aktiv ist, als Hauptakteur in den Kriegen zur Sicherung der Rohstoffe und der Gewinne ihrer Konzerne etablieren.

2. Es geht um den **Aufbau eines Marktes** zur Sicherung der Export-Interessen Frankreichs. Afrika wird für Frankreich als Wirtschaftsraum (wieder) zunehmend interessant. Ob auch andere EU-Staaten davon profitieren werden, ist noch ungewiss.

3. Es sollen die im „Reformvertrag“ vorgesehenen weltweiten **militärischen Einsätze in der Praxis erprobt** werden, hier in geradezu idealtypischer Form: humanitäres Engagement wird vorgeschoben, knallharte Großmachts- und Großwirtschaftsinteressen werden durchgesetzt.

4. Das offizielle Österreich will sich durch seine Teilnahme am Tschad-Krieg seine **Aufnahme in den elitären Zirkel des militärischen Kerneuropas**, „ständige strukturierte Zusammenarbeit“ verschleiern genannt, zu denen nur Länder mit „anspruchsvollen militärischen Fähigkeiten“ zugelassen sind, verdienen. Darüber entscheiden die militärischen Schwergewichte in der EU, allen voran Frankreich. Deswegen konnten unsere Soldaten gar nicht schnell genug im Tschad sein.

Die Politiker bzw. ihre Kinder müssen ja nicht ihre Köpfe hinhalten. Nun prüft die EU die **Schaffung einer eigenen Flotte von Militärflugzeugen**, um schneller einsatzfähig zu sein als jetzt beim Tschad-Einsatz. Weshalb waren wohl viele unserer österreichischen Politiker so scharf auf die Eurofighter?

Wie sehr Österreich bereits Befehlsempfänger ohne Souveränität und bloß ausführendes Organ der Brüsseler und Pariser Kolonialherren geworden ist, zeigt deren skandalöse Informationspolitik im Umfeld des Tschad-Einsatzes: **Wer nicht mehr selbst entscheiden kann, braucht auch keine Informationen mehr.**

(nos)

So schnell ändern „Staatsmänner“ in Österreich ihre Meinung



„Die eigenständigen Traditionen, nationalen Kulturen und Geschichten werden gezielt verdrängt von einem übermächtigen, globalen Lebensstil, der sich die Bezeichnung Multi-Kultur und damit den einstmals positiv besetzten Begriff Kultur anmaßt“.
(Hans-Peter Aubauer, Wien)

WUSSTEN SIE . . . ?

Benachteiligung von Inländern beim Steuerausgleich

Zwischen ausländische Arbeitnehmern aus EU-Ländern und österreichischen hat die Tiroler AK eine steuerliche Ungleichbehandlung festgestellt. Es betrifft vor allem jene ca. 7000 Deutschen, die im Tiroler Tourismus nur in der Saison arbeiten. Ein Zahlenbeispiel: Bei einem Bruttomonatslohn von 2.500 Euro bekommt der deutsche Arbeitnehmer vom Finanzamt 2.127 Euro Jahressteuer zurück und der Österreicher läppische 15 Euro. EU-Ausländer profitieren auch beim Freibetrag. Österreich stellt 10.000 Euro steuerlich frei, wenn sie im EU-Ausland verdient wurden. (Quelle: TT, 19. 2. 2008)



Graphik der engagierten Tiroler AK

Was hat sich der österreichische Gesetzgeber da wohl gedacht? Ist es ein Kniefall-Gesetz gegenüber Brüssel?

Grazer Wahl

Der Grazer Ortsgruppe ist es leider nicht gelungen, die nötigen Unterstützungserklärungen fristgerecht einzureichen. Damit war ein Wahlantritt am 20. Jänner nicht möglich.

Schüler können sich keine Meinung bilden

„Geschichtsschulbücher regen nicht zu kritischen Gedanken an, die EU werde zum Beispiel **nur positiv dargestellt**. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung von Geschichtsbüchern in Österreich, Deutschland und Polen. Schüler könnten sich durch die unkritischen Schulbücher keine eigene Meinung bilden, sondern alles sei bereits vorgegeben, sagen die Forscher. In allen untersuchten Schulbüchern werde beispielsweise eine Pro-EU-Haltung vermittelt, erklärt Christoph Kühberger von der Universität Salzburg, der auch an dieser Studie mitgearbeitet hat. Heiße Themen, wie etwa der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union, würden nicht angesprochen“. (Quelle: salzburg.orf.at, vom 4.2.2008)

Beförderungen beim Bundesheer in Zukunft nur nach Auslandseinsätzen?

Was man schon seit einigen Jahren vermutet hat, soll demnächst Wirklichkeit werden. Nur wer sich für Auslandseinsätze zur Verfügung stellt, wird beim Bundesheer befördert.

Besatzungsmitglieder der Herkules-Transportflugzeuge behaupteten, zur sog. Freiwilligenmeldung für den Ein-

satz im Tschad genötigt worden zu sein! Das Darabos-Ministerium bestreitet das.

(Quelle: Kronenzeitung, 23.2. 2008)

Ein hochrangiger Offizier des Bundesheeres hat der ehemaligen Tiroler IEA (Initiative EU-Austritt) schon im Jahr

2002 berichtet, dass über die Qualität der Ausrüstung und über Beförderungen die Soldaten zu Auslandseinsätzen „überredet“ werden sollen. Ist es jetzt so weit? Und sind die für den Tschad-Krieg ausgesuchten Soldaten in Wirklichkeit gar keine Freiwilligen?

Anerkennung des Kosovo bringt Unfrieden und terroristische Gefahren

Warum hat Österreich dem Drängen des EU-Außenbeauftragten Javier Solana (US-Erfüllungsgehilfe) nachgegeben und den Kosovo als eigenständigen Staat anerkannt? Konnte

die Bundesregierung nicht warten, bis es einen übereinstimmenden UN-Beschluß gibt, den auch Russland mitträgt? Es ist nicht auszuschließen, dass auch Österreich in einen Strudel

von Gewalt hineingezogen wird. Herr BK Gusenbauer, ein Bruno Kreisky hätte sich nie so unklug verhalten! Die NFÖ lehnt die Anerkennung in dieser sehr angespannten Situation ab.

Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes ...

Freude über die Wiederwahl von Präsident Vaclav Klaus

Der tschechische Staatspräsident Vaclav Klaus, ein Verfechter souveräner Nationalstaaten („...ich sehe diese im Sinne politischer Korrektheit gewünschte heile, neue Welt ohne Nationen, ohne Staatsgrenzen, ohne authentische Staatsbürger – und als Konsequenz davon – ohne Demokratie, als ein großes Problem“) und ein vehementer **Gegner einer EU-Verfassung** ist am 15. Februar für weitere 5 Jahre zum Staatspräsidenten gewählt worden. Es wird damit weiterhin die Prager Burg bewohnen und EU-Fahnen von seinen Dächern fernhalten.



Die Prager Burg

Seine Wiederwahl erfreut sicher alle jene Bürger, die von seiner deutlichen Ablehnung einer EU-Verfassung gehört oder gelesen haben.

Die Nationen
sind wie die
Schoten eines
Schiffes.
Solange sie
funktionieren,
geht das Schiff
nicht unter.

(Autor unbekannt)

Selbstbestimmung macht die Bürger zufriedener



Siegfried Eder,
Tirol

Wenn die Bürger und Bürgerinnen immer wieder über Sachfragen in Volksabstimmungen befinden können, sind sie zufriedener, stellen Ökonomeprofessoren wie Bruno S. Frey

fest. Sie schimpfen weniger über Politikerinnen und Politiker, sondern diskutieren konstruktiver über die Lösung anstehender Probleme.

Die Möglichkeit zur Korrektur von Parlamentsentscheiden durch das Volk **wirkt der sogenannten Politikverdrossenheit entgegen.** Demokratie zeigt sich, wenn das Volk der Souve-

rän ist. **Frei ist der Bürger, wenn er mit den eigenen Gesetzen lebt.**

Wenn jedes Gesetz durch eine Unterschriftensammlung den Bürgern zur Überprüfung unterbreitet werden kann, dann versuchen die Gesetzesmacher freiwillig oder gezwungenermaßen, alle Meinungen rechtzeitig genau einzuholen und auch „Minderheiten“ einzubeziehen. Das **verbessert die sachliche und friedliche Auseinandersetzung** und drängt parteipolitische Machtspiele zurück. Dieser gewohnheitsmäßig friedlichen Konfliktlösung im Inneren entspricht auch eine immerwährende Neutralität gegenüber gewalttätiger (militärischer) Machtpolitik.

Die Bürger der Schweiz können zum Beispiel in jeder Gemeinde die Steu-

erhöhe durch die Gemeindeversammlung jährlich selbst festlegen. Sie stimmen selbst über den Finanzplan mit Ausgaben und Einnahmen ab. Es zeigt sich, daß die Verschuldung geringer ist, als wenn Gemeinderäte oder Parlamentarier darüber befinden.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Oberösterreicher schon im Aufstand 1626 regelmäßige Bürgerversammlungen forderten. Es sei an der Zeit, die **Volkssouveränität in Österreich** durch verpflichtende Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild zu stärken.

Gekürzte Fassung eines Berichts über eine öffentliche Informations-Veranstaltung der NFÖ in Gallsbach im Oktober 2007; Siegfried Eder, Gallsbach - Prutz a. Inn)

Irlands Schlüsselrolle



Veronika Lindinger,
OÖ

„Der europaweite Kampf gegen die EU-Militarisierung wird auf irischen Boden entschieden werden“, mahnt Roger Cole in seinem Schreiben, das uns Anfang Februar erreicht hat. Die Umfragewerte sind zum Glück recht ermutigend. Eine deutliche Bevölkerungsmehrheit lehnt den Lissabon-Vertrag ab, aber es ist nicht auszuschließen, dass die EU-Erfüllungsgehilfen in verschiedensten Staaten alle Manipulations-Register ziehen werden, wenn der Volksabstimmungstermin in Irland feststeht oder das Ergebnis nicht nach Wunsch ausfällt. Wir müssen darauf vorbereitet sein!

Austrittswunsch in Tirol am stärksten

Sie wurden als positive Sensation gewertet, die 45 % Austrittswilligkeit und nicht weniger die Veröffentlichung in einer als bekannt EU-freundlichen Bundesländerzeitung. Die Tiroler Tageszeitung selbst hatte die Umfrage beim Market Institut in Auftrag gegeben.

EU-Fundamentalisten bemühten sich daraufhin in ihren Kommentaren und Leserbriefen die 45 % Austrittsbefürworter als ungebildet und hinterwälderisch hinzustellen. (Mit Schlagzeilen wie „Bildung öffnet Horizont“ wies der TT-Redakteur auf die höhere Schulbildung unter den 47% EU-Austrittsverweigerer hin.)

Besonders erfreulich war die Einstellung der jüngeren Tiroler. In der Altersgruppe der 15 bis 29-Jährigen befürworteten sogar 53% einen EU-Austritt und 72% sahen den Nichtbeitritt der Schweiz als vorteilhaft.



Die Tiroler Tageszeitung brachte dieses sensationelle Umfrageergebnis des Linzer Market Instituts am 22.12.07 auf der Titelseite.

Nachfolgendes Schreiben erreichte Veronika Lindinger / OÖ., Anfang Februar

Dear Veronika,

I have attached the Peace & Neutrality Alliance document on the renamed EU Constitution (the Lisbon Treaty).

PANA was established in 1996 to advocate that Ireland should have its own Independent Foreign policy pursued through a reformed United Nations and to defend Irish Neutrality.

We did so because we were convinced that the Irish political elite intended to destroy Irish neutrality and integrate Ireland into the US/EU military structures. Over the last 10 years this is exactly what has happened. PANA is campaigning against the Renamed EU Constitution (the Lisbon Treaty) so that a new one can be renegotiated to include a Protocol that would exclude Ireland from the militarisation of the EU and obviously we would hope all the other EU states would do the same, especially countries like Austria. However since Ireland is the only country allowed to hold a referendum PANA believes our struggle against the militarisation of the EU is in fact a European battle fought on Irish soil. If we are to win, and the polls show that we can, then we need your support. Please send us an e mail of support and inform all your contacts of our web site: www.pana.ie. That will we hope play a major role in our campaign.

Roger Cole
Chair Peace & Neutrality Alliance
www.pana.ie

Sehr geehrte Frau Veronika Lindinger,

ich habe die PANA-Stellungnahme zur umbenannten EU-Verfassung (Lissabon-Vertrag) dieser E-Nachricht angehängt. PANA wurde 1996 mit der Zielsetzung gegründet, Irland das Eintreten für eine unabhängige, eigenständige Außenpolitik zu ermöglichen, besiegelt durch die Vereinten Nationen und ebenso die Verteidigung der irischen Neutralität. Dies geschah deshalb, weil wir zur Überzeugung kamen, dass die politische Elite in Irland die Absicht verfolgt, die irische Neutralität zu zerstören und Irland in die US/EU-Militärstrukturen zu integrieren. Das hat sich während der letzten 10 Jahre exakt zugetragen.

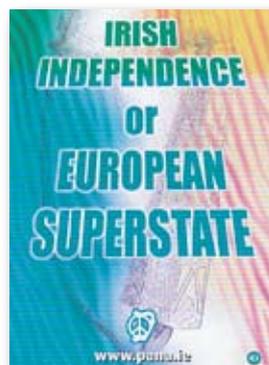
PANA kämpft derzeit gegen den umbenannten EU-Verfassungsvertrag (Lissabon-Vertrag), damit in einem neuen Vertrag über ein Zusatzprotokoll vereinbart wird, dass Irland von der EU-Militarisierung (gemeint ist die Teilnahme an einem EU-Militärbündnis; die Red.) ausgenommen ist und wir hoffen natürlich, dass alle anderen EU-Staaten dasselbe Ziel anstreben, insbesondere Österreich.

Solange jedoch Irland das einzige Mitgliedsland ist, dem es erlaubt ist eine Volksabstimmung abzuhalten, ist nach Einschätzung der PANA der irische Kampf gegen die EU-Militarisierung in Wirklichkeit ein Kampf für ganz Europa, ausgetragen auf irischem Boden.

Um Erfolg zu haben – und die Umfragen zeigen, dass wir dazu in der Lage sind – benötigen wir eure Unterstützung.

Bitte schickt uns eine zustimmende E-Nachricht und informiert alle eure Sympathisanten von unserem Netzauftritt (Homepage):

www.pana.ie. Sie werden hoffentlich eine größere Rolle in unserem Widerstand spielen.



Roger Cole, Vorsitzender
Peace & Neutrality Alliance

Startseite des Netzauftrittes der irischen
Bürgerbewegung PANA
(Peace & Neutrality Alliance –
Allianz für Frieden und Neutralität).

NEUTRALITÄT RETTEN: NEIN ZUM EU-VERTRAG

EU-Vertrag = Vertrag von Lissabon = EU-Verfassung durch die Hintertür

Volksabstimmung jetzt !

*Österreicher-innen, der Hut brennt. Der
Parlamentsbeschluss droht bereits im April.
Deshalb rufen wir auf zu einer*

Demonstration

Sa, 29. März 08

13.00 bis 16.00 Uhr



Treffpunkt / Versammlungsplatz:

Vor der Staatsoper : 13.00 Uhr

**Kundgebung: Stock-im-Eisen-Platz,
Stephansplatz, Wien; 14.00 Uhr**

Es sprechen:

Univ.-Prof. Dr. Adrian Hollaender, Europarechtsexperte, Wien
**Univ.-Prof. Dr. Hans-Peter Aubauer, Sprecher des Volksbegehrens für
eine neue EU-Abstimmung, Wien; u.a.m.**

***** Die Veranstaltung findet bei jedem Wetter statt. *****

Verantw. i. S.d. Mediengesetzes: Überparteiliche Plattform „Neutralität retten: Nein zum EU-Vertrag!“ 6010 Innsbruck,
Postfach 110, Tel: 0650-7362200 od. 0688-8622292 - E-Adresse: webinformation@gmx.at - www.nein-eu-vertrag.at

Plattform-Organisationen: Neutrales Freies Österreich, Initiative Heimat & Umwelt, Anti-Gentechnik-Plattform Pro Leben, Die Christen,
Initiative f. mehr direkte Demokratie, Initiative Rettet Österreich, ARGE ja zur Umwelt, nein zur Atomenergie, Neutrales Österreich,
Christdemokraten Österreichs, Restauratorenbewegung Österreichs, Initiative Information - Natur - Gesellschaft (Stand 20.2.2008)

In eigener Sache

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns bitte!

Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenngleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.

Bitte Adressenänderung frühzeitig bekanntgeben.

Nebenstehend der Demo-Aufruf der Plattform „Neutralität retten: Nein zum EU-Vertrag!“

**Bitte dieses
Flugblatt anfordern,
kopieren und zahl-
reich verteilen!**

Damit wir planen und vorbestellen können, bitten wir um die **Anmeldung** zur verbilligten Gruppen-Bahn- oder Busfahrt nach Wien bei den jeweiligen Ansprechpersonen.

Tirol: Dr. Hans-Peter Mayr,
Tel.: 0664-1766973,
E-Adr.: lawsept@yahoo.com
Salzburg: (ebenfalls Dr. HP Mayr)
Kärnten: Ing. Heinz Schreiber,
Tel.: 0676-6207893,
E-Adr.: schreiber.ipc@aon.at
Ober-Stmk: Andreas Klingler,
Tel.: 0664-4454896
Raum Leoben: Gertrude Harrer,
Tel.: 0680-2169654,
E-Adr.: friedrich.harrer@utanet.at
Raum Graz: Heimo Madritsch,
Tel: 0650-3007200,
E-Adr.: madritsch@creativum.com
Oberösterreich:
Veronika Lindinger,
Tel.: 0699-11848199,
E-Adr.: ooe@nfoe.at

Die Preise für Bahn oder Bus bewegen sich je nach Entfernung ca. zwischen 15 bis 40 Euro (Tirol) für Hin- und Retourfahrt. Die ÖBB bietet auch günstige Sondertarife an: Fahrt plus ****Hotelübernachtung um 69 € aus ganz Österreich.

Noch ein wichtiger Hinweis:

Wer an der Demonstration teilnimmt, möge bitte auch hör- und sehbare Behelfe mitnehmen. Dazu zählen insbesondere: Transparente, Fahnen (groß u. klein), Musikinstrumente (die naß werden dürfen): Glocken, Schellen, Trommeln, etc.